

Keine Oberflächen- Parlamentarisierung.

Von
Ulrich Kaufher.

Was jetzt, bei der Einrichtung und in der ersten Zeit der Parlamentarisierung geschieht, wird von ihren Freunden und Gegnern als Material für und wider sie besonders aufmerksam gesammelt und registriert werden. Wer daher in ihr eine Kraft sieht, die uns erhalten werden muß, wird um so sorgfamer bemüht sein, Hindernisse und Schwierigkeiten von ihr fernzuhalten, die nicht unbedingt notwendig sind.

Eins können wir nicht ändern: daß auch das Regieren gelernt sein muß! Daß dies in solch gefährvoller Reichslage stattfindet, die sofortige, energische Erfassung der Zügel verlangt, daß also Lernen und auch schon Ausführen gleichzeitig erfolgen muß, ist eins der ernstesten Argumente der Gegner einer Parlamentarisierung. Es wäre durchschlagend, wenn nicht auf der andern Seite der erhoffte gewaltige Gewinn an Volksvertrauen und Kräftezuwachs stände. Wenn der aber nicht voll zur Auswirkung gelangt, wenn er durch Ungestaltlichkeit in der Durchführung der Neugestaltung oder gar durch mangelnden Glauben der neuen Männer an sich selbst gehemmt wird, könnten die Nachteile einer Parlamentarisierung von heute, vor allem die nun einmal nicht zu vermeidenden Fehlgriffe der Eingewöhnungszeit, am Ende die Vorteile überwiegen. Eine solch gefährliche Ungestaltlichkeit würde darin zu sehen sein, daß man wohl an die Spitze der Reichsämter neue, andersgeartete Männer stellt, sonst aber so ziemlich alles beim alten beläßt. Denn das wäre eine Oberflächen-Parlamentarisierung, die vielleicht die Tonart der Regierung ändert, auch auf ihre hervorstechendsten Handlungen von Einfluß ist, aber nicht an ihren Geist rührt.

Man braucht sich nicht ins Blaue hinein auszumalen, wie sich die Verhältnisse gestalten würden; wir haben während des Krieges genug Beispiele erlebt, aus denen man sich ein genaues Bild machen kann. Nicht nur, was Einfluß und Stellung der bisher der Regierung einverleibten Parlamentarier anlangt. Dessenjenigen mit Portefeuille sind der Regierung einfach verloren gegangen und völlig zu Beamten geworden; sie sind Ressortmänner geworden und den Kollegen aus der amtlichen Laufbahn, die sich nie als Politiker fühlten, haben sie sich völlig assimiliert. Die Minister ohne Portefeuille sind allerdings Politiker geblieben, was schon ihre Tätigkeit als Mittelpersonen zu den Parlamenten erforderte, aber bei ihnen fehlte wieder die tiefer gehende Einwirkung auf die Behörden. Sie standen recht isoliert in einer ziemlich absehnenden Welt, meist mit Spezialaufträgen beschäftigt, ohne die Fortsetzung nach unten und nach den Seiten, die ein Ressort-Minister in seinem Amt und Beamten-Apparat findet. Der Ressort-Partikularismus hatte eigentlich die Geschäfte längst reinlich unter sich verteilt, als sie in ihre neuen Ämter berufen wurden, sodas theoretisch nichts für sie übrig blieb, und praktisch eben nur die Möglichkeit von Spezialaufträgen. Da diese meist schwieriger Natur waren, gab ihnen deren glückliche Durchführung eine gesteigerte politische Bedeutung, ohne daß deshalb ihre Kompetenz innerhalb der behördlichen Hierarchie gewachsen wäre.

Diese nicht zu leugnende Gegnerschaft der Ressortchefs wird wegfallen, wenn die Regierung ganz oder größtenteils einheitlich parlamentarisch besetzt ist. Sie wird sich dann als politische Körperschaft fühlen, ohne Rücksicht darauf, ob der eine einem benannten politischen Ressort oder einem unpolitischen, gar keinem vorsteht: jeder ist Exponent des Parlaments und seines Programms. Nun aber heißt es, erst die wirkliche Gefahr abzuwenden, die in dem bestände, was wir Oberflächen-Parlamentarismus genannt haben. Ein Chef, selbst ein tatkräftiger, rücksichtsloser, ist nahezu machtlos oder verbraucht wenigstens einen unverhältnismäßigen Teil seiner Kraft im Kampf, wenn er an die Spitze eines Amtes gesetzt wird, das ihm aktiven oder passiven Widerstand entgegensetzt.

Auch hierfür haben wir Beispiele, ob es sich nun um parlamentarische oder behördliche Außenminister gehandelt hat. Wie